

"Schatten über Europa" in Luxemburger Wort (28. September 1972)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 28.09.1972, n° 223; 125e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"schatten_uber_europa"_in_luxemburger_wort_28_september_1972-de-890559d9-2d0a-4185-a836-ed2542bea24b.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Schatten über Europa

rn Das nächtliche Jubelgeschrei der norwegischen Nein-Sager ist verstummt, geblieben hingegen ist die Betroffenheit über eine höchst verworrene Lage, und das sowohl in Oslo wie in Brüssel. In aller Mund ist nunmehr die nur schwer, wenn überhaupt, zu beantwortende Frage: Was nun?

Im Nachhinein untersuchen zu wollen, wieso es zu diesem Volksentscheid gekommen ist, warum sich nur knapp 75% der eingeschriebenen Wahlberechtigten an dem Referendum beteiligten und wieso die Zahl der Nein-Sager zum EWG-Beitritt so hoch ausfiel, bleibt ein müßig Unterfangen. Gewiß, Norwegen ist ein noch junger Staat, gemessen an seiner erst 1905 erfolgten Unabhängigkeit, dessen Einwohner gemeinschaftlichen Experimenten skeptisch begegnen aus der verständlichen Angst, dabei nach knapp sieben Jahrzehnten bereits wieder die in diesem Zeitraum gestrafften Konturen ihres Landes zu verlieren. Schwer begreiflich aber bleibt, wieso gerade die Bauern und Fischer so entschlossen den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bekämpften, da sie die dadurch am stärksten Bevorteilten gewesen wären.

Indessen auch in Brüssel suchte man einen Schuldigen für den negativen Ausgang des Referendums. Etliche – man höre und staune – wollen ihn in dem französischen Staatspräsidenten sehen. Der letztwöchige Vorschlag Georges Pompidous, Spanien das Tor zur EWG zu öffnen, habe die Norweger als überzeugte Demokraten verärgert. Uns scheint diese Überlegung denn doch zu sehr an den Haaren herbeigezogen, um einer stichhaltigen Argumentation standzuhalten. Allem Anschein nach waren zur Stunde, da Pompidou seinen Vorschlag unterbreitete, in Norwegen die Würfel bereits gefallen.

Wie dem nun auch sei, die Nachteile der Volksbefragung dünken uns weit größer für Norwegen als für die Gemeinschaft. Skandinavien ist auf den Handel mit der Europäischen Gemeinschaft angewiesen, wie es die Zahlen beweisen. 50% der norwegischen Exporte gehen in EWG-Staaten. Dazu gibt es keine Alternative. Sicherlich würde der Osten sich gerne als Ersatz anbieten, doch auch da türmen sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten. Norwegens Handel mit dem COMECON bezifferte sich bis dahin auf schmale 2,5%. Eine Steigerung ist schon deswegen illusorisch, weil es dem Osten an harter Währung wie an im Westen konkurrenzfähigen Waren mangelt, um zu zahlen. In dieser Richtung ist also auch in Zukunft wenig zu holen.

Schwerwiegender erweisen sich die Folgen des Volksentscheids für die norwegische Innenpolitik. Trygve Bratteli, sozialdemokratischer Chef einer Minderheitsregierung und absoluter Befürworter eines EWG-Beitritts, wird nächste Woche, so wie er angedroht hatte, vor dem Parlament den Rücktritt seines Kabinetts bekanntgeben. Logischerweise müßte nun Brattelis Vorgänger im Amt, der uneinsichtige EWG-Gegner und im März 1971 wegen EWG-Indiskretionen gestürzte Per Borten, die neue Regierung bilden. Fragt sich aber wie und mit wem. In seiner früheren Vier-Parteien-Regierung verfügte Borten nur über 76 der insgesamt 150 Sitze des norwegischen Parlaments. Inzwischen aber zeigen die Konservativen, nach den Sozialdemokraten mit 29 Sitzen die stärkste Fraktion, die kalte Schulter. In der EWG-Frage hielten sie fest zur Minderheitsregierung Bratteli. Andererseits aber kennt die norwegische Verfassung keine Parlamentsauflösung mit vorzeitigen Neuwahlen. Eine lange und voraussichtlich schwerwiegende innenpolitische Krise steht bevor.

Von fataler Auswirkung könnte der norwegische Entscheid auch auf die am 1. Oktober in Dänemark fällige Volksabstimmung sein, die dort anders als in dem Nachbarland bindenden Charakter hat. In Kopenhagen muß Ministerpräsident Jens-Otto Krag, um der EWG beitreten zu dürfen, bei dem Referendum eine Zweidrittelmehrheit finden. Wohl zeigt sich in all der Zeit Dänemark EWG-freundlicher und einem europäischen Zusammenschluß auch aufgeschlossener als Norwegen. Ob aber das norwegische Resultat die Dänen nicht zum Umdenken verleitet, bleibt zumindest nicht ausgeschlossen, denn auch sie sind zuerst Skandinavier und dann erst Europäer. Schatten senken sich jedenfalls über Kopenhagen. Die Dänenkrone schwankt bereits, die Börse in der dänischen Hauptstadt bleibt bis nach dem Wahltag geschlossen, Ministerpräsident Krag drohte mit einer Abwertung der Krone, falls seine Landsleute ihm die Gefolgschaft in die Europäische Gemeinschaft verweigern.

Vollkommener könnte die Verwirrung kaum sein. Dazu trägt letztlich auch Finnland bei. Vor zweieinhalb

Jahren versetzten die Finnen der nordischen Zollunion den Todesstoß in der uneingestanden Befürchtung, Dänemark benutze diese, um leichter in die EWG zu gelangen. Jetzt denkt Helsinki nicht mal mehr daran, den Assoziierungsvertrag mit der EWG gutzuheißen. Es macht jedenfalls keine Anzeichen, ihn dem Parlament zuzuleiten.

Eine Zehner-EWG gehört gegenwärtig ins Reich der Zukunftsmusik, sehr wahrscheinlich müssen wir uns mit einer Gemeinschaft zu acht begnügen. Aus keineswegs nur wirtschaftlichen Gründen aber darf die EWG nicht jetzt Norwegen die kalte Schulter zeigen. Ein Ausweg muß gefunden werden, vielleicht in einem Assoziierungsvertrag, schon – wozu es verheimlichen – aus allgemein- und verteidigungspolitischen Gründen. Allerdings dürfte ein solcher Assoziierungsvertrag für Norwegen weniger günstig ausfallen als eine Vollmitgliedschaft. Industrie wie auch Fischerei werden hart betroffen, härter aber noch die Landwirtschaft, die vermutlich vom Vertrag ganz ausgenommen wird.

Bis diese Verhandlungen steigen können, muß Norwegen aber erst wieder eine Regierung haben. Und das mag noch ein Weilchen dauern.